

könnten in Militärmissionen eingebettet werden, um in einer Übergangsphase das Machtvakuum zu minimieren. Experten aus der Entwicklungszusammenarbeit sollten von Beginn an Konzepte entwickeln, die die wirtschaftlichen Folgen der Kriminalitätsbekämpfung abfedern und Auswege aus Schattenökonomien und dem informellen Sektor aufzeigen. Darüber hinaus sollte offen über den Aufbau einer Gendarmerie (ein Hybrid mit polizeilichen und militärischen Fähigkeiten) als Rückgrat für solche Einsätze – auch auf europäischer Ebene – nachgedacht werden. Kurz: Gefragt ist vernetztes Handeln. ••

Matthias Kennert arbeitete bei UNODC in Wien und bei NGOs auf den Philippinen und in Genf.

## Aufklärung statt Propaganda

Wie der Westen mit Russlands hybrider Kriegsführung umgehen sollte

Kaan Sahin | Hybride Bedrohungen, Cyber- und Informationskrieg werden im Westen überwiegend mit Russland verbunden. Maßnahmen wie eine intensivierte Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU, der Aufbau von

---

*Demokratieförderung gilt dem Kreml als Spielart „westlicher Kriegsführung“*

Einrichtungen wie dem Centre of Excellence for Countering Hybrid Threats in Helsinki oder das Verfassen einer NATO-Strategie zur Bekämpfung von hybriden Bedrohungen sind wichtige Schritte in diesem Kontext. Auch die Bundeswehr hat unter anderem

mit der Errichtung des Kommandos Cyber- und Informationsraum die Weichen gestellt, um besser auf russische Attacken vorbereitet zu sein.

Demokratien sind gegenüber autoritären Staaten in gewisser Weise stets im Nachteil: Freie Medienlandschaften, Mehrparteiensysteme sowie Rede- und Versammlungsfreiheit sind nur einige Aspekte, mit denen sich Autokratien nicht befassen müssen. Gerade die Informations- bzw. Propagandakriegsführung zeigt das Dilemma auf, in dem sich westliche Demokratien befinden: Der Kreml nutzt mit seinen staatsgebundenen Medien wie RT oder Sputnik demokratische Grundregeln aus, um Desinformationskampagnen zu betreiben, ohne jedoch diese Freiheiten im eigenen Staat zuzulassen. Wenn der Westen sich etwa um Demokratieförderung in Staaten Osteuropas bemüht, dann wird das von russischer Seite gern als eine Art „westliche Kriegsführung“ dargestellt, die letztlich zum Regimewandel führen sollte. Auch Sanktionen oder Anti-Korruptionsmaßnahmen gegen Moskau werden als offensiver Feldzug des Westens bezeichnet. Doch oftmals ist gar nicht klar, inwieweit diese Narrative nur zur Diskreditierung der Gegenseite genutzt werden, ob die russische Seite wirklich daran glaubt oder ob sie vielleicht sogar einen wunden Punkt getroffen hat.

Grundsätzlich müssen EU- und NATO-Staaten damit leben, dass solche Sichtweisen Unterstützung auch in westlichen Gesellschaften finden. Doch im

Gegensatz zur Vorgehensweise von autoritären Staaten können Demokratien nicht einfach Grundrechte wie die Presse- und Informationsfreiheit aushöhlen und sich von ihren eigenen Werten entfernen, um mit diesen Narrativen umzugehen. Freie Gesellschaften müssen akzeptieren, dass sie diesen Darstellungen – mögen sie auch verzerrt sein – nicht mit Verboten zuvorkommen können.

Vielmehr muss sich der Westen folgender Aspekte bewusst werden, um im Rahmen der eigenen Public Diplomacy effektiv zu agieren: Zunächst muss er sich fairerweise die Frage stellen, ob nicht etwas Wahres an den Darstellungen ist.

Dann darf es ihm nicht um Gegenpropaganda gehen, sondern lediglich um die Richtigstellung verzerrter Darstellungen. Auf der Basis einer solchen Selbsteinschätzung

kann dann Aufklärung unternommen werden. So sollten westliche Regierungen stets darauf hinweisen, dass Maßnahmen wie Demokratieförderung durch NGOs sich nicht gegen eine bestimmte Regierung richten, sondern schlicht der Verbreitung von Werten dienen. Hier sollte auch stärker darauf hingewiesen werden, dass in Russland solche Aktivitäten entweder verboten oder stark eingeschränkt werden, wohingegen in den allermeisten westlichen Staaten kremlnahe Gruppierungen frei operieren dürfen.

Auch sollte ganz klar darauf hingewiesen werden, wenn Aktion und Reaktion verwechselt werden: Ohne die vorangegangene Krim-Annexion hätte es keine EU-Sanktionen gegeben. Erstere soll zudem durch falsche Analogien wie dem Eingreifen in Libyen oder im Kosovo legitimiert werden: Hier wurde im Kontext einer internationalen Schutzverantwortung gehandelt, was sich über die russische Vorgehensweise bei der Krim-Annexion nicht sagen lässt.

Die Herausforderung für westliche Regierungen und Zivilgesellschaften besteht darin, Aufklärung zu betreiben, ohne propagandistische Züge anzunehmen. Es wäre denkbar, dass Organisationen wie EU und NATO ihre strategische Kommunikation insoweit ausbauen, dass sie aktiv eine Art Gegenarrativ schaffen. Hierfür müssten jedoch die Ressourcen in diesem Bereich stark ausgebaut werden. Die „EU East StratCom Task Force“ etwa ist eine wichtige Einrichtung, die aber immer noch unterbesetzt ist. ••

Kaan Sahin arbeitete beim IISS, bei der OSZE, Carnegie Europe und der NATO.

---

*Denkbar wäre, dass EU und NATO aktiv Gegen-Narrative schaffen und verbreiten*

## „Rotes Telefon“ fürs Internetzeitalter

Die OSZE bietet sich als Plattform zur Prävention von Cyber-Konflikten an

Nikolas Ott | Spionage, Manipulation oder Sabotage – das Internet etabliert sich als neuer Austragungsort für zwischenstaatliche Konflikte. Internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die Organisation für